



**BDA** | Bundesvereinigung der  
Deutschen Arbeitgeberverbände

Mitglied von BUSINESSEUROPE

**Hausadresse:**  
Breite Straße 29 | 10178 Berlin

**Briefadresse:**  
11054 Berlin

**T** +49 30 2033-1953  
**F** +49 30 2033-1955

[wrst.mail@arbeitgeber.de](mailto:wrst.mail@arbeitgeber.de)  
[www.wrst.de](http://www.wrst.de)

ISBN 978-3-938349-66-3

**JÜRGEN R. THUMANN**

**MEHR ALS NUR EIN GEMEINSAMER  
BINNENMARKT: PERSPEKTIVEN  
FÜR EIN GESTÄRKTES EUROPA**

**JÜRGEN R. THUMANN**

**MEHR ALS NUR EIN GEMEINSAMER  
BINNENMARKT: PERSPEKTIVEN FÜR  
EIN GESTÄRKTES EUROPA**

**KLEINE REIHE HEFT 81  
HERAUSGEGEBEN VON DER  
WALTER-RAYMOND-STIFTUNG DER BDA**

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

**JÜRGEN R. THUMANN**

**Mehr als nur ein gemeinsamer Binnenmarkt:  
Perspektiven für ein gestärktes Europa**

Kleine Reihe Heft 81 / 1. Auflage 2013

Herausgeber: Walter-Raymond-Stiftung der BDA

Verlag:

© **GDA • KOMMUNIKATION**

Gesellschaft für Marketing und Service  
der Deutschen Arbeitgeber mbH  
Breite Straße 29, 10178 Berlin  
[www.gda-kommunikation.de](http://www.gda-kommunikation.de)

Alle Rechte bei der Walter-Raymond-Stiftung

Gestaltung:

© **GDA • KOMMUNIKATION**

Gesellschaft für Marketing und Service  
der Deutschen Arbeitgeber mbH

Printed in Germany

ISBN 978-3-938349-66-3

**INHALT**

Vorwort ..... 5

**Jürgen R. Thumann**

Mehr als nur ein gemeinsamer Binnenmarkt:  
Perspektiven für ein gestärktes Europa..... 13

Der Autor ..... 20

Die Walter-Raymond-Stiftung ..... 23

Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung ..... 24

## VORWORT

In der Präambel des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) werden die zentralen Leit-motive der Europäischen Union umrissen. Es geht der Europäischen Union nicht allein darum, »die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen« und »durch gemeinsames Handeln den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Staaten zu sichern«, sondern auch darum, »die steti-ge Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingun-gen ihrer Völker als wesentliches Ziel anzustreben« und »durch diesen Zusammenschluss ihrer Wirtschaftskräfte Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen«. Zugleich verbindet sich damit die »Aufforderung an die anderen Völker Europas, die sich zu dem gleichen hohen Ziel be-kennen, sich diesen Bestrebungen anzuschließen«.

Die ursprünglichen Grundmotive des europäischen Inte-grationsprozesses sind damit immer noch zentrale Im-pulsgeber für das gemeinsame Anliegen der Europäer (Weidenfeld 2010, S. 14)<sup>1</sup>: »Immer noch steht die euro-päische Integration für die Überwindung des Nationalis-mus, immer noch ist die EU Garant für den Frieden unter ihren Mitgliedern [...]. Auch ökonomische Beweggründe haben bis heute Bestand [...]. Nicht zuletzt bleibt die poli-tische Integration die Voraussetzung für die internationale Handlungsfähigkeit der europäischen Staaten.«

Unverkennbar ist zudem, dass die einzelnen europäi-schen Staaten viele bestehende Probleme und Heraus-forderungen nicht mehr allein lösen können: Nicht nur Umweltprobleme oder (Cyber-)Terrorismus, sondern auch Herausforderungen bei der Energieversorgung oder aber die politischen Umwälzungen im nördlichen Afrika erfor-dern geeintes Handeln der europäischen Staatengemein-schaft.

---

<sup>1</sup> Weidenfeld, W. (2010). Die Europäische Union. Paderborn: W. Fink.

Die Schlussfolgerung von Weidenfeld (2010, S. 15), dass die »europäische Integration [...] als Versuch verstanden werden [sollte], Problemstruktur und Entscheidungsstruktur der internationalen Politik in Übereinstimmung zu bringen«, steckt insofern den politischen Handlungsraum ab. Zugleich wird dieser aber beschränkt auf jene Politikbereiche, die von den EU-Mitgliedstaaten nicht selbst gelöst werden können. Dies scheint durchaus notwendig und gerechtfertigt, damit Politik als Problemlösung ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips sich nicht von den Alltagsorgen und den Anforderungen der Bürger allzu weit wegbewegt, sondern immer als Beauftragter des Souveräns Wähler agiert.

Zwar mangelt es der Europäischen Union an einer »großen identitätsstiftenden Erzählung«, sie hat schlichtweg keinen historisch verankerten »Gründungsmythos« – so jüngst die Einschätzung von Bundespräsident Gauck. Doch macht das einigende Element der in seinen Worten »zeitlose Wertekanon« Europas aus: »Wir versammeln uns für etwas – für Frieden und Freiheit, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für Gleichheit, Menschenrechte und Solidarität« (Gauck 2013)<sup>2</sup>.

Es geht also insbesondere auch um Freiheitsrechte der Bürger und ihren Schutz vor Eingriffen staatlicher Verwaltungsorgane, die der Rechtsstaat sichert (so beispielsweise Eucken 1952/1990, S. 48 ff., zu den Aufgaben des Rechtsstaats, der die Eigentumsfreiheit auch gegenüber anderen Privatpersonen zu schützen hat)<sup>3</sup>. An dem von Gauck (2013) genannten Wertekanon gibt es grundsätzlich kaum Zweifel, auch wenn für den einen oder ande-

<sup>2</sup> Gauck, J. (2013). Rede zu Perspektiven der Europäischen Idee. Rede vom 22. Februar 2013, Download unter [www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2013/02/130222-Europa.html](http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2013/02/130222-Europa.html).

<sup>3</sup> Eucken, W. (1952/1990). Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen: Mohr-Siebeck, 6. Auflage.

ren Europäer in der aktuellen Situation die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten entweder zu großzügig oder zu gering ausfallen mag. Auch lässt sich vortrefflich darüber diskutieren, inwieweit das Dehnen oder Interpretieren des europäischen Primärrechts – so mit Blick auf die Befolgung der Maastrichter Obergrenzen für Staatsdefizite und Staatsschulden – diesem Wertekanon entspricht oder gar entgegensteht. Übergeordnetes Motiv ist hierbei sicherlich das Entstehen für ein geeintes Europa. Die Notwendigkeit eines Zusammenhalts ergibt sich auch aus der veränderten globalen Lage, den Verschiebungen durch den demografischen Wandel und den geografischen Veränderungen bei den Wachstumsmärkten.

Die These, dass Europa in der stärker globalisierten Welt gefordert ist, sich zu behaupten, gibt die Richtung vor. Europa und seine Mitgliedstaaten können sich nicht allein auf die Größe des gemeinsamen Binnenmarkts verlassen. Politisch und auch wirtschaftlich stehen die europäischen Staaten in ihrer Gesamtheit vor Herausforderungen und unter Handlungsdruck, den Gauck (2013) jüngst hervorhob: »Politisch, um substantiell mitentscheiden und weltweit für unsere Werte Freiheit, Menschenwürde und Solidarität eintreten zu können. Wirtschaftlich, um wettbewerbsfähig zu bleiben und so in Europa unsere materielle Sicherheit und damit innergesellschaftlichen Frieden zu sichern.«

Ausschlaggebend für die Sicherung des dauerhaften Erfolgs der Europäischen (Wirtschafts- und Währungs-) Union dürfte sein, dass vereinbarte Regeln und Verträge eingehalten und Regelbrüche geahndet werden: »Diese Union ist ein Geben und Nehmen, sie darf für niemanden eine Einbahnstraße sein. Sie folgt dem Prinzip der Gegenseitigkeit, der Gleichberechtigung und der Gleichverpflichtung. Mehr Europa muss heißen: mehr Verlässlichkeit« (Gauck 2013). Diese an die EU-Mitgliedstaaten gerichtete unmissverständliche Ermahnung ist gleichwohl auch für die Außenwahrnehmung der Euro-